

„Kurz, kalt – und gelegentlich krawallig“

Ursula Münch im Gespräch über den Bundestagswahlkampf 2024/25.

Von Petra Hemmelmann

*Prof. Dr. Ursula
Münch ist Direktorin
der Akademie für
Politische Bildung in
Tutzing und derzeit
beurlaubte Professorin
für Politikwissen-
schaft an der Univer-
sität der Bundeswehr
München.*

*Dr. Petra
Hemmelmann ist
stellvertretende
Pressesprecherin der
Katholischen
Universität Eichstätt-
Ingolstadt und
Redakteurin bei
Communicatio
Socialis.*

Das Zerbrechen der Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP am 6. November 2024 war zugleich der Start in einen kurzen, aber intensiven Bundestagswahlkampf. Bis zum Wahltermin am 23. Februar 2025 blieben den Parteien nur knapp vier Monate, um die Wähler:innen von sich zu überzeugen. Fast täglich lieferten sich Spaltenpolitiker:innen Diskussionen im Fernsehen, warben in den sozialen Medien um die jüngeren Wähler:innen und kämpften um die Deutungshoheit in den Schlagzeilen. Was insbesondere die politische Kommunikation in diesem Wahlkampf prägte und welche Implikationen daraus für die Zukunft abzuleiten sind, hat unsere Redakteurin Petra Hemmelmann die renommierte Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, gefragt.

Frau Münch, welche Adjektive fallen Ihnen zum zurückliegenden Bundestagswahlkampf ein?

MÜNCH: Kurz, wegen der vorgezogenen Neuwahl. Kalt, denn es war ein Winterwahlkampf. Und gelegentlich krawallig.

Gelegentlich krawallig – darüber sollten wir intensiver sprechen. Was an der politischen Kommunikation war im historischen Vergleich in diesem Wahlkampf neu und was eher normal?

Natürlich geht man in einem Wahlkampf immer unsanft mit dem politischen Gegner um. Da fallen zum Teil harte Worte. Persönliche Beleidigungen gab es auch in der Vergangenheit. Insofern ist dieser Ton nichts Besonderes. Aber wir hatten schon eine Besonderheit dadurch, dass es in diesem Wahlkampf mindestens eine, eigentlich sogar drei Parteien gab, die von vornherein als nicht koalitionsfähig, aber gleichzeitig wegen der zu erwartenden Wahlergebnisse als relevant galten. Das waren das

BSW und die Linken, und natürlich gab es diese scharfe Abgrenzung gegenüber der AfD, Stichwort Brandmauer. Das ist eine Besonderheit im Vergleich zu früheren Bundestagswahlen, wo zumindest seit Anfang der 1960er, seit dem Godesberger Programm der SPD, alle Parteien grundsätzlich koalitionsfähig miteinander waren. Natürlich gab es da im Laufe der Zeit Ausnahmen, wie Anfang der 1980er die Grünen oder nach der Wiedervereinigung die Nachfolgepartei der SED. Damals gab es auch scharfe Zusätzungen im Wahlkampf. Aber immer gilt: Wenn man von vornherein Parteien ausgrenzt von möglichen Koalitionen mit der Begründung, diese vertraten das Randpektrum, dann ergibt sich ein völlig anderer Wahlkampf, als wenn man antritt gegen Parteien, die grundsätzlich alle potenzielle Koalitionspartner darstellen.

In diesem Wahlkampf war zudem eine Besonderheit, dass sich die bisherigen Oppositionsparteien so scharf von den bisherigen Regierungsparteien abgegrenzt haben. Das hat im Wahlkampf vor allem die Grünen getroffen und sich im Ergebnis vor allem auf die FDP ausgewirkt. Ich glaube, dass es einem großen Teil der Öffentlichkeit am stärksten im Gedächtnis bleiben wird, dass sich die Unionsparteien weniger stark an der AfD abgearbeitet haben und ihre verbalen Attacken vor allem auf die Grünen richteten. Womöglich geschah dies mit Blick auf die ohnehin gegenüber der AfD errichtete Brandmauer. Aber dieses Abarbeiten an den Grünen, vor allem durch die CSU, war meines Erachtens komplett überzogen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger schien eine rote Linie überschritten, als die CDU im Streit über eine Verschärfung des Asylrechts im Bundestag die Unterstützung der AfD in Kauf genommen hat. Es kam zu bundesweiten Protesten, der Begriff der „Brandmauer“ prägte die letzten Wahlkampfwochen. Wie ordnen Sie diese Geschehnisse ein? Welche Rolle spielt das Handeln der Union mittel- bis langfristig?

Ich fand das keine brillante Idee der CDU und der CSU, sondern riskant, die Zustimmung der AfD in Kauf zu nehmen und gleichzeitig offenbar auf Vorabsprachen mit den damaligen Regierungsparteien SPD und Grüne zu verzichten. Das hat sich ja dann auch bestätigt. Gleichzeitig finde ich die Debatte übertrieben. Es war sicher dem Wahlkampf geschuldet, dass die Grünen und die SPD das Handeln der Union als „den Weg in die Hölle“



Prof. Dr. Ursula Münch

darstellten. Mit einem kritischen Blick auf die Angelegenheit würde ich sagen: Die Union hat versucht, ihr altes Thema wiederzubesetzen, nämlich eine sehr restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das war im Grunde immer die Zuständigkeit der Union, die erst unter Angela Merkels Parteivorsitz und Kanzlerschaft aufgegeben worden ist. Ich habe das Verhalten von CDU und CSU so interpretiert, dass man sich nicht gegenüber der AfD, aber sehr wohl gegenüber der Wählerschaft rechts der politischen Mitte öffnen möchte. Es ging darum, den Wählerinnen und Wählern zu zeigen, ihr müsst nicht eine rechtsextreme,

völkische, autoritäre Partei wählen, wenn ihr eine restriktive Flüchtlingspolitik haben möchten. Diese Überlegung war meines Erachtens inhaltlich richtig, aber die Strategie selbst ist nicht aufgegangen. Das wurde der

Unionsfraktion spätestens klar, als sie diese

Eine konservative Partei hat geradezu die Pflicht, konservative Wähler:innen, die eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen fordern, anzusprechen.

Begeisterung der AfD im Bundestag mit ansehen musste. Zudem ist die Sache, und das ist wahrscheinlich von der CDU/CSU zu wenig bedacht worden, von Parteien wie SPD und Grünen stark instrumentalisiert und auf die Straßen getragen worden. Wobei nur diejenigen zum Demonstrieren gegangen sind, die ohnehin nie die Union wählen würden. Da hat eine Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft stattgefunden, die aber der SPD und den Grünen wenig genutzt hat. Wegen einer geschickten digitalen Medienstrategie konnte davon vor allem die Linke profitieren.

Lange Rede, kurzer Sinn: Strategisch, also die inhaltliche Positionierung von CDU und CSU mit Blick auf Asyl- und Flüchtlingspolitik, fand ich das richtig. Eine konservative Partei hat meines Erachtens geradezu die Pflicht, konservative Wählerinnen und Wähler, die eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen fordern, in diesem Bereich anzusprechen und sie nicht dazu zu verdammen, ihre Stimme bei den Rechtsextremisten abzuliefern. Aber die Strategie ist eben nicht aufgegangen.

Migration wurde im Laufe des Wahlkampfs sehr schnell zum alles überragenden Thema. Da sind selbst andere wichtige Themen wie Wirtschaft oder Klima blass geblieben. Wie kam es aus ihrer Sicht zu dieser thematischen Verengung? Waren es die Anschläge in Magdeburg, Aschaffenburg und München, die das so vorangetrieben haben?

Ja, ganz eindeutig. Das war nicht das Interesse der Union, es konnte nicht ihr Interesse sein, weil ihr klar war, dass die AfD immer radikaler sein wird, immer die vollmundigeren Versprechen raushauen wird. Die AfD ist auf keiner politischen Ebene

in der Verantwortung, musste sich also nirgends Gedanken machen, wie man all die absurden Maßnahmen, die sie vorschlägt, umsetzen kann. Ich bin beruflich bedingt viel in Bayern unterwegs, auch außerhalb von Städten auf dem Land. Da habe ich immer wieder starke Kritik an der Flüchtlingspolitik der Ampel-Regierung gehört und die Angst der Leute herausgehört, dass die hohe Zahl bereits bei uns lebender Flüchtlinge die Integrationsfähigkeit der Kommunen völlig überfordert. Und dass öffentliche Bereiche und normale Tätigkeiten wie ein Spaziergang im Park oder der Gang über den Weihnachtsmarkt inzwischen eine Gefahr darstellen können, verunsichert Menschen enorm. Und dann gibt es natürlich all die extremistischen Krisenprofiteure, die die Emotionen massiv bedienen und die Ängste weiter schüren.

Zurück zu Ihrer Frage: Das ist kein Wahlkampfthema gewesen, das von den seriösen Parteien gern gesehen worden ist. Die Union hätte deutlich besser abgeschnitten, wenn sie die tatsächliche oder unterstellte Wirtschaftskompetenz ihres Kanzlerkandidaten hätte vorführen können. Dann hätte man sich auch einfacher an der Ampelregierung abarbeiten können. Dagegen war ein Abarbeiten an der Flüchtlingspolitik der Ampel kaum möglich; schließlich hat ja eine der ihnen die Flüchtlingspolitik überhaupt erst dramatisch verändert. Wenn es ein Wirtschaftswahlkampf gewesen wäre, mit verschiedenen anderen Einsprengsel-Themen, hätte man klarer auf die eigene Kompetenz verweisen können.

Welchen Anteil hatten aus Ihrer Sicht die Medien daran, dass das Thema Migration immer größer wurde? In den vielen TV-Formaten vor der Wahl wurde Migration meist stark in den Fokus gestellt und viel danach gefragt.

Sie haben Recht. Bei den vielen Wahlarenen war das immer das stärkste Thema. Ich weiß nicht, ob man das den Medien vorwerfen kann. Ich hätte mir jedenfalls gewünscht, dass jemand mal so mutig ist und sagt, dieses Thema haben die Kollegen intensiv behandelt, wir setzen bewusst auf ein anderes Thema. Also ja, auch durch das mediale Aufgreifen ist das Thema groß gewesen. Aber nehmen wir mal an, die Medien, vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender, hätten das nicht gemacht. Dann wäre ihnen von der AfD und Konsorten vorgeworfen worden, sie würden das Thema bewusst negieren. Ich hätte mir auf jeden Fall ein etwas breiteres Spektrum gewünscht in den Wahlsendungen. Eine gewisse Breite ist zumindest in die Sendungen

Die Union hätte besser abgeschnitten, wenn sie die tatsächliche oder unterstellte Wirtschaftskompetenz ihres Kanzlerkandidaten hätte vorführen können.

gekommen, in denen es eine Bürgerbeteiligung gab – wobei es dann auch sehr kleinteilig wurde.

Im Wahlkampf gab es vier Kanzlerkandidat:innen – beim TV-Duell in ARD und ZDF waren aber nur Scholz und Merz eingeladen, Habeck und Weidel nicht. RTL lud nach öffentlicher Kritik zum ersten deutschen Quadrell. Welches Format ist aus Ihrer Sicht heute angemessen? Wie lässt sich so eine Entscheidung sinnvoll argumentieren?

Ich habe viel mit dem „Bayerischen Rundfunk“ zu tun und habe zumindest einen gewissen Eindruck, wie solche Abwägungen in den Sendern stattfinden. Zunächst kann man feststellen, dass wahnsinnig viel darüber diskutiert wird. Nicht nur in den Redaktionen, sondern auf der obersten Leitungsebene. So leicht, wie man das von außen manchmal meint, machen die Sender sich die Entscheidung wahrlich nicht. Da wird viel erwogen und entsprechend den Interessen der Zuschauer überlegt. Was mich stört, ist, dass es für einen mäßig interessierten Wähler oder Wählerin den Eindruck macht, dass nach Gutdünken die Kriterien für die Teilnahme geändert werden, quasi von Wahl zu Wahl. Wenn man sich nicht intensiv damit auseinandersetzt, wirkt das wenig transparent. Ansonsten muss ich aber die Öffentlich-rechtlichen in Schutz nehmen: Sie machen sich viele Gedanken dazu und die Frage ist ja auch, wie sinnvoll Formate mit allzu vielen Personen sind. Man kann es nie jedem recht machen. Mein Vorschlag wäre, dass man künftig versucht, klarere Kriterien zu entwickeln, und zwar mit möglichst viel zeitlichem Abstand zu einem Wahlkampf.

Die Frage, wer oder was im Fernsehen gezeigt wird, entzündet sich häufig an der AfD und der Frage, wie man mit dieser Partei umgehen sollte. Wie haben Sie den Wahlkampf dahingehend erlebt?

Ich finde, die AfD war in den klassischen Medien sehr präsent. Mich hat es geärgert, wie leicht es den Kandidatinnen und Kandidaten der AfD gemacht worden ist, ihre meines Erachtens problematischen Positionen unters Volk zu bringen. Das hat zum einen damit zu tun, dass es für Moderatoren generell herausfordernd ist, schnell zu reagieren. In einer Sendung hat Alice Weidel zum Beispiel in einem Nebensatz fälschlich behauptet, die Union wolle mit den Grünen koalieren. Aus Sicht von konservativen Wählern ein wichtiger Punkt – und ihr wurde nicht widersprochen. Zum anderen ist das Problem, dass ein Teil der Parteien – das ist nicht ausschließlich, aber vor allem die AfD – mit Desinformationen hantieren, falsche Zahlen und Bezugs-

punkte nennen. Selbst wenn sich eine Redaktion sehr gut vorbereitet, kommen da immer wieder neue Verdrehungen und selbst die bestvorbereitete Moderation kann darauf nicht reagieren. Vor allem will man so auch keine Sendung gestalten, dass man ständig sagt: Stopp, das war falsch! Es geht insofern um einen strukturellen Nachteil. Nida-Rümelin sagt, unwahrhafte Kommunikation verhindere Kommunikation. Genau das ist der Punkt. Wenn es gezielte Unwahrhaftigkeit in einer Gesprächssituation gibt und Sie sich als Moderator nicht ständig zum Faktenfuchs aufspielen wollen, dann haben Sie ein massives Problem. Noch dazu sind viele Redaktionen vielleicht nicht so gut vorbereitet, wie ich das unterstelle. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Wenn ein AfDler mit am Tisch sitzt, habe ich ungefähr dreimal so viel Vorbereitungszeit, wie wenn ich da mit Menschen sitze, von denen ich weiß, sie neigen dazu, sich selbst und die eigene Partei ein bisschen besser darzustellen, aber sie lügen einem nicht unverschämt ins Gesicht. Der US-amerikanische Philosoph Harry Frankfurt hat mal von „demonstrativem Bullshit“ gesprochen. Diejenigen, die demonstrativen Bullshit verbreiten, sind im strukturellen Vorteil gegenüber denjenigen, die diesen „Bullshit“ einordnen müssen und in ihrem eigenen Diskussionsstil auf eine wahrhafte Kommunikation ihres Gegenübers setzen.

Diejenigen, die „demonstrativen Bullshit“ verbreiten, sind im strukturellen Vorteil gegenüber denjenigen, die diesen „Bullshit“ einordnen müssen.

Die AfD hat also ihren Platz in den klassischen Medien – und zusätzlich hat sie noch einen weiteren kommunikativen Weg gefunden. Ähnlich wie die Linke, wenn auch mit ganz anderen Inhalten, ist sie in den sozialen Medien sehr erfolgreich, konkret auf TikTok. Was finden Sie, könnten die Parteien der Mitte von AfD und Linke lernen, was die Kommunikation betrifft?

Die Schwierigkeit ist, dass dieses Geschäftsmodell der Extremisten und das Geschäftsmodell der digitalen Netzwerke sich so wunderbar miteinander verbinden. Das ist, als hätten sie sich gesucht und gefunden. Sie machen sich gegenseitig immer stärker. Da werden seriöse Institutionen, seriöse Parteien, seriöses politisches Personal immer das Nachsehen haben, denn diese Übertreibung, diese Zuspitzung, diese gezielte Desinformation ist schlicht und ergreifend unterhaltsamer. Eine kleine Geschichte dazu: Als ich mit Studierenden eine Politiksimulation machte, haben wir sie aufgefordert, sich Parteien auszuwählen, die sie in der Simulation spielen wollen. Es haben sich viele für eine autoritäre, völkische Partei entschieden. Wir haben gefragt, warum – und sie haben

gesagt, da muss man sich nicht vorbereiten und es ist viel lustiger. Das trifft es leider sehr und ist auch der Mechanismus, der in den digitalen Netzwerken zum Tragen kommt.

Zur Frage, was können sich andere Parteien abschneiden: dennoch einiges! Was ich feststelle, ist, dass es nicht so aufgesetzt, so bemüht wirkt, was die AfD auf TikTok macht. Es wirkt „authentischer“, weil sie ungeschönt ihre Botschaft an die Leute bringt. Da ist sicherlich auch vieles eingeübt, aber nichtsdestotrotz reden sie so, wie AfDler eben reden – überzogen, frauenfeindlich, rassistisch, ausgrenzend. Sie müssen nicht ständig

überlegen, wie kann ich das formulieren, ohne jemandem auf die Füße zu treten. Natürlich versucht die AfD immer unter der Schwelle der Strafbarkeit zu bleiben, insofern müssen AfDler auch nachdenken. Aber insgesamt gelingt es ihnen, durch ihre Art des

Sprechens Glaubwürdigkeit zu erreichen. Meine Empfehlung an die anderen Parteien ist, mit Herzblut zu sprechen. Und nicht immer, aber auch mal sich an der AfD abzuarbeiten. Immer wieder erzählen mir Abgeordnete, wie schlimm es sei, anhören zu müssen, was AfD-Abgeordnete im Parlament äußern. Und zwar in einer Lautstärke, die so niedrig ist, dass es die Protokollanten nicht hören, wohl aber die von der Nachbarfraktion oder die Abgeordneten, vor allem die Frauen, die vorgehen zum Rednerpult. Ich habe schon häufiger zu den Abgeordneten gesagt: Warum könnt Ihr nicht erzählen, wie widerwärtig das ist? Statt immer zu sagen, die AfD ist „eine in Teilen rechtsextreme Partei“. Erstens können viele diesen Ausdruck nicht mehr hören und vor allem kann sich ein Großteil der Menschen nicht vorstellen, was das eigentlich konkret bedeutet. Das sollten die anderen Parteien nicht täglich machen, aber gerne ab und an: Aufzeigen, warum die AfD und ihre Vertreter auch mit Blick auf die Gewährleistungen unseres demokratischen Verfassungsstaates geradezu widerwärtig sind und wie sie den Parlamentarismus verächtlich machen. Dann kann ich als Politiker aus meinem Herzen sprechen – und das ist es auch, was ich Politikerinnen und Politikern insgesamt für politische Inhalte stärker rate.

Eine weitere Sorge vor der Wahl war Desinformation nicht nur von Seiten der AfD, sondern durch Russland. Wie ist der Einfluss Russlands auf den Wahlkampf rückblickend zu bewerten?

Es gibt einige offizielle Einschätzungen, auch von der Bundeswahlleiterin, dass es tatsächlich Versuche gegeben hat, die

Wahl zu beeinflussen, die auch eine gewisse Breitenwirkung hatten. Da war zum Beispiel diese Behauptung in Videos, dass in Leipzig angeblich Wahlzettel manipuliert wurden. Das scheint von Russland gesteuert gewesen zu sein. Es wurde auch versucht, KI-generierte Inhalte zu manipulieren. Das hat Auswirkungen auch auf Presseagenturen, die – was sie jeweils angeben – zum Teil ihre Meldungen durch KI generieren lassen. Das ist eine neue Qualität der Manipulation, denn durch die KI wird die vom russischen Bot eingespeiste Information Teil des Wissensschatzes.

Neben der russischen Einflussnahme hatten wir auch die amerikanische. Denken wir nur an das eigentlich recht langweilige Gespräch von Elon Musk und Alice Weidel auf X, das weltweit viele Millionen Menschen verfolgt haben. Oder die Zuschaltung von Musk auf dem AfD-Parteitag – die ja auch nicht dort geblieben ist, sondern über die Medien weiterverteilt wurde.

Ein US-Amerikaner, der sehr direkt versucht hat, Einfluss zu nehmen, war JD Vance im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz. Er forderte in seiner Rede die Zusammenarbeit mit der AfD, alles andere sei nicht demokratisch. Hat das wirklich Einfluss auf die deutsche Politik?

JD Vance hat unterstellt, dass es in Deutschland und anderen europäischen Staaten keine Meinungsfreiheit gäbe. Das ist eine Behauptung, die wir seit Jahren aus rechtsextremen Kreisen hören. Wenn ich schaue, wie viele E-Mails ich bekomme, in denen jemand steif und fest behauptet, dass wir in einer Diktatur leben, es keine Meinungsfreiheit gebe und ich nur eine manipulierte öffentlich-rechtliche Rundfunktante bin und so weiter – dann muss ich sagen, diese Desinformation verängt bereits seit geraumer Zeit. Aber nach dem Auftritt von Mr Vance können diese Leute auch noch sagen, das, was ich meine, meint nicht nur irgendein Blogger oder „Russia Today“ – das sagt auch der amerikanische Vizepräsident. Solche Leute haben jetzt eine anerkannte Referenzgröße, demokratisch gewählt in der ältesten Demokratie der Welt. Das ist schon eine Hausnummer, da geraten wir immer stärker in die Defensive. Hinzu kommt, dass während der Ampel-Regierung die Innenministerin Nancy Faeser und der damalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz lautstark überlegt haben, ob es nicht unterhalb der Schwelle der Strafgesetzgebung etwas geben müsste, um mit Hate Speech besser umzugehen. Das ist sicherlich gut gemeint und verfolgt hehre Ziele – aber das ist brandgefährlich in der

*Neben der russischen Einflussnahme
hatten wir auch die amerikanische.
Denken wir nur an das Gespräch von
Elon Musk und Alice Weidel auf X.*

aktuellen Situation. Damit hat jemand wie der amerikanische Vizepräsident einen Punkt und kann sagen: Eure Innenministerin denkt darüber nach, wie sie Euch den Mund verbieten kann, bloß weil ihr mal ein bisschen lauter poltert. Meines Erachtens sind beide Entwicklungen problematisch.

In der Demokratie ist Vertrauen eine zentrale Währung. Nun ist Friedrich Merz noch nicht einmal zum Kanzler gewählt, die alte Bundesregierung noch im Amt – und doch bricht Merz mit der Grundgesetzänderung und dem Milliardenpaket schon ein zentrales Wahlversprechen. Im Wahlkampf hatte er für die nahe Zukunft eine Reform der Schuldenbremse ausgeschlossen. War das eine gezielte Wähleräuschung? Oder müssen wir einfach lernen, dass Demokratie in einem gewissen Maß flexibel bleiben muss?

Letzteres auf jeden Fall. Wir als mündige Bürger müssen uns klar sein, dass ein Wahlkampf eine Momentaufnahme ist und eine Festlegung im Wahlkampf höchstens bis zum Beginn von Sondierungs- oder Koalitionsgesprächen trägt. Wir sind eine Koalitionsdemokratie, da muss man sich mit anderen arrangieren. Insofern waren Wahlversprechen immer schon et-

was wackeliges und das sollte man bei jeder Wahl berücksichtigen und den Parteien auch nicht vorwerfen. Mit Blick auf das aktuelle Milliardenpaket gibt es ein potenziell entlastendes Argument, nämlich, dass sich die sicherheitspolitische Lage dramatisch ver-

ändert hat. Aber das trifft nur für einen Teil des Pakets zu, für den Infrastruktur-Teil nicht. Insofern: Ja, es ist ein gewisses Problem, dass Merz etwas anderes angekündigt hat. Das wird ihm nicht nur von der Opposition, vor allem den Linken und der AfD vorgeworfen, sondern auch von seiner eigenen Wählerschaft und teils der eigenen Partei. Als Wählerinnen und Wähler haben wir nicht die Möglichkeit, unsere Entscheidung mit Blick auf die jetzige Regierungsbildung zu korrigieren. Aber wenn wir sagen, dem vertrauen wir nicht mehr, haben wir die Möglichkeit, dieses Verhalten bei der nächsten Landtagswahl oder der nächsten Bundestagswahl zu sanktionieren. Das ist der große Vorteil eines demokratischen Verfassungsstaates mit temporärer Gewaltenteilung: Dass die nächste Sanktionsmöglichkeit gewiss kommt.

Gleichzeitig wollen wir aber nicht, dass das Misstrauen gegenüber der Politik immer noch größer wird. Wie gesagt war es schon immer etwas naiv, Wahlkampfversprechen zu vertrauen

– aber in einer Zeit, in der das Vertrauen in die Politik ohnehin niedrig ist, sind gebrochene Versprechen dennoch ein Problem. Ich würde mir wünschen, dass solche Maßnahmen besser erklärt und begründet werden und wenn zum Beispiel der Bundesrechnungshof vor der Verschuldung und der Zinsbelastung warnt, stärker diskursiv darauf eingegangen wird. Andererseits ist die Frage, wer würde das eigentlich hören? Wer nimmt denn diese medialen Debatten überhaupt noch zur Kenntnis?

Die Befürchtung ist vielerorts da, dass die politische Polarisierung in Deutschland wie in vielen anderen Demokratien weltweit voranschreitet. Was wünschen Sie sich von der deutschen Politik in den kommenden vier Jahren, damit wir nicht noch weiter in Richtung Polarisierung steuern?

Dass es gelingt, die großen Aufgaben langsam abzuarbeiten. Man kann versuchen, wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen, den Unternehmen mehr Zuversicht zu geben. Man muss versuchen, das Thema unkontrollierte Zuwanderung und Umgang mit abgelehnten Asylsuchenden besser in den Griff zu bekommen. Aber beides ist irrwitzig schwierig, das ist nichts, was ich mal eben schnell machen lässt. Insofern braucht die künftige Politik eine gute Hand. Im Augenblick sehe ich die noch nicht. Ich muss ehrlich sagen, ich finde es ziemlich deprimierend, was wir direkt nach der Wahl an undiplomatischem Umgang mit denjenigen sahen, die man eigentlich braucht, sprich mit den Grünen. Gleichzeitig profitieren die Extremen weiter von den faktischen Krisen und deren übertriebener Darstellung. Dagegen hilft Demokratiebildung höchstens bedingt. Dagegen hilft nur eine Politik, der es gelingt, Probleme allmählich zu lösen, Schritt für Schritt, und die den Leuten das Gefühl gibt, da tut sich was und ihr profitiert davon.